

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abnahme 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.25 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzeln
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Buchhandlungen ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungswesen
jedoch unter Berücksichtigung eines
Zuschlags. Für ein einziges eingetragene
Menschenrechte wird keine Erhöhung
übernommen. Rücksendung nur mit
Quittungsgabe. Halle, Zeitung
Verlag, Fern- und Schiffsamt Nr.
1100, der Zeitungsbüch. Nr. 1102
u. 1418, der Zeitungsbüch. Nr. 1133
Postfach-Postamt Leipzig Nr. 4009.

Arbeiter-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werde i. d. Spalte 34 mm br. Milli-
meterweite 6 er deren Raum mit
20 J. bez. steht u. in anderen An-
nahmenstellen u. allen Einzelzei-
schriften angenommen. Reklamen
die 21 mm br. Millimeterweite 60 M
Anzeigen 70 mm breit vorab.
11 Uhr für die Sonntags-Drucke.
4 Uhr Abbestellungen, soweit mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: Halle. Erscheinung
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Verwaltung: Halle,
Kure Drenthede 1a, Gr. Braun-
haustr. 17. Neben-Verwaltung:
Marti 24 und Große Ulrichstr. 32.

Nr. 500.

Halle, Freitag, den 24. Oktober.

1919.

Fortsetzung der Kämpfe um Petersburg.

Weitere Entente-Beschließung von Kronstadt.

W. A. Amsterdam, 24. Oktober. „Times“ melden aus Helsinki: Die Geschwader der Alliierten lehnen die Beschießung von Kronstadt fort. Die Bolschewiken haben am Montag nach der Ankunft von 1500 Seesoldaten von Petersburg einen Ausfall auf Kransaja Gorka versucht, wurden jedoch zurückgeschlagen. Inzwischen macht Tschudakoff weitere, wenn auch langsame Fortschritte. Einer Meldung aus Swerdlow zufolge hat er Kattina und zwei andere Stationen erobert. Es wird gemeldet, daß die Sozialrevolutionäre in Petersburg sich erheben. Der Kampf in den Straßengeherten weiter. Die Sozialregierung sieht alle Kräfte zu einem erbitterten Entsatze ein. Finnische Blätter melden, daß es den Bolschewiken gelungen ist, bei Petrosadowitz vorzudringen. Bei Strigilowa ist jetzt eine Gegenoffensive im Gange. Der russische Bericht vom Montag meldet ein heftiges Gefecht nordöstlich von Jaroslaw Selo. Der finnische Generalstab meldet: Die Flotte bombardiert Kransaja Gorka, wo Explosionen beobachtet wurden.

Der Vormarsch der russischen Nordwestarmee.

Die Verteidigung von Petersburg.
W. A. Kopenhagen, 24. Oktober. Die Zeitung „Politiken“ meldet aus Helsinki: Der Vormarsch der Nordwestarmee wird fortgesetzt. Bolschewikische Zügelungen zufolge ist Trotski in Petersburg angekommen, um die Verteidigung der Stadt zu leiten. Alle Proklamationen sind von Trotski und Sinowjew unterzeichnet. Nach Petersburg wurde der verfallene Belagerungszustand verhängt. Alle Theater sind geschlossen und niemand darf sich nach 8 Uhr abends auf der Straße aufhalten. Die Stadt soll bis zum Neuenjahr verteidigt werden. Alle Männer sind zu den Waffen gerufen, selbst die 70-Jährigen. In der Stadt wüten mehrere große Brände. — Der Reichsleiter der „Nationsallianz“ in Rußland hat die Meldung der Admiralsität von der Besetzung holländischer Schiffe. Vier leichte Kreuzer von der „Novik“-Klasse, 10 Torpedobattere der „Verdick“-Klasse, sind während eines Ausfalls gefangen, den sie von Kronstadt aus unternahm, um den bei Kransaja Gorka stehenden holländischen Streitkräften, die ebenfalls abgefeuert hat, zu Hilfe zu eilen. Nach der amtlichen Meldung sind mit dieser Kreuzer aus Mien gefahren; von der 950 Mann zählenden Besatzung wurden nur sechs gerettet.

Englisch-russische Niederlage im Murmangebiet.

Kopenhagen, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die englisch-russischen Truppen im Murmangebiet haben, wie aus Helsinki berichtet wird, eine schwere Niederlage erlitten. Die Bolschewiken sind der Armee in den Rücken gefallen und haben sie zum Rückmarsch gezwungen.

Außerordentlicher Parteitag der Demokratie.

W. A. Leipzig, 24. Oktober. (Drahtnachricht.) Der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei findet, wie wir hören, in den Tagen vom 19. bis 15. Dezember 1919 im großen Festsaal des Zoologischen Gartens in Leipzig statt.

Schweres Eisenbahnunglück.

Zehn Tote, zahlreiche Verwundete.
W. A. Kattow, 24. Oktober. Paul Meßing der „N. Oberschles. Volkstg.“ fuhr heute bei Tarnowig ein Verlorenzug in einen Güterzug hinein. Mehrere Personen wegen gerieten in Brand. Bisher sind zehn Tote und zahlreiche Verwundete geborgen.

Die Wiederaufbau-Verhandlungen mit Frankreich.

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, sind die vom Reichsministerium für den Wiederaufbau in Versailles eingeleiteten Verhandlungen nunmehr erfolgreich abgeschlossen worden, so daß die deutsche Mitarbeit beim Wiederaufbau in ausgiebiger Weise gerät ist. Eine Beschäftigung der zerstörten Gebiete hat ergeben, daß der Wiederaufbau an Selbstständigkeit und Organisationsfähigkeit Deutschlands außerordentlich hohe Anforderungen stellt. Welche Zahl von Arbeitern dazu gebraucht werden wird, steht noch nicht fest, denn über die Abgrenzung der Gebiete wird noch verhandelt, da auch österreichische Arbeiter in Frankreich beschäftigt werden sollen. Gest. heißt, daß ein Anstehen

der Kriegsgefangenen gegen deutsche Arbeiter nicht ertragen wird. Die Arbeiter werden nach dem Abtransport der Gefangenen, der mehrere Monate in Anspruch nehmen wird, in ihre Arbeitsgebiete befristet. Auch die Warenfrage ist vorläufig juristisch gelöst. Die Interkontinentaler für die französischen Verbotsbeschränkungen wurden bisher durch die Alliierten hergestellt. In letzter Zeit scheint sich eine Wendung zugunsten Deutschlands vollzogen zu haben, da Frankreich die Balkanverhältnisse ausmacht und Deutschland die Lieferung übergeben will. Die Forderungen für die deutschen Arbeiter werden nicht allzu hoch sein. Die Arbeiter werden im Februar oder März beginnen, und zwar so, daß die Arbeiter langsam in kleinen Transporten abgeführt werden, dann die Aufbaumensarbeiten werden wieder Monate in Anspruch nehmen, so daß die Arbeiter kein beginnen und regelmäßig gesteuert werden. Die ersten Arbeitsgebiete werden sein das Kohlengebiet um Lens und Douai, um eine Entlastung der deutschen Kohlenlieferung durch die Instandsetzung der französischen Kohlenbergwerke zu erreichen.

Erst soll Kupprecht von Bayern angefertigt werden

Genf, 24. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die französische Regierung möchte für die Auslieferung Kaiser Wilhelm's einen Präzedenzfall schaffen. Deshalb beabsichtigt sie, wie bekannt, zunächst die Auslieferung des Kronprinzen Rupprecht von Bayern von der Schweiz zu verlangen, und man meint, wenn die Schweiz diesem Verlangen nachgibt, so werde sich auch Holland der Auslieferung des Kaisers nicht mehr widersetzen. Die Forderung nach der Auslieferung des Kaisers soll die erste Aufgabe des neuen französischen Gesandten im Haag sein, auf welchen Posten der bisherige radikale sozialistische Deputierte Charles Benoist berufen worden ist.

Konferenz der Präsidenten der Landesfinanzämter.

Berlin, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Im Finanzministerium ist heute vormittag die angesehene erste Konferenz der Präsidenten der neuorganisierten Landesfinanzämter aus dem ganzen Reich zusammengetreten, um über die Durchführung der neuen Steuerorganisation zu beraten. Den Vorsitz führte Reichsfinanzminister Ergaberger. Die Beratungen werden am heutigen Tage zu Ende geführt werden. Morgen treten die Finanzminister der Einzelstaaten ebenfalls im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zusammen, um über die neue Reichs-einkommensteuer und deren Verhältnis zu den Landessteuern schlüssig zu werden. Die Beratungen der Landesfinanzpräsidenten wurden vom Reichsfinanzminister Ergaberger mit einer programmatischen Rede eröffnet.

Keine Abberufung General Duponts.

Genf, 24. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Eine offizielle Mitteilung bezeugt die Berliner Meldung von der Abberufung General Duponts aus Berlin als unrichtig. Es wäre wohl möglich, daß General Dupont Berlin vorübergehend verlassen habe, um sich nach Paris oder anderwärts zu begeben, aber von einer Abberufung könne nicht die Rede sein.

Amerikas Vertreter in Berlin.

W. A. Amsterdam, 24. Oktober. „New York Evening Post“ meldet aus Washington, daß der diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin den Rang eines Geschäftsträgers haben wird. Er wird durch einen begabten Gelehrten ersetzt werden, wenn genügend Zeit vergangen sei, um darüber urteilen zu können, in welcher Weise die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nachkommt.

Fischerstrel in Amsterdam.

W. A. Amsterdam, 23. Oktober. (Javas. Konter.) Die Flüßhölzer im Hafen von Antwerpen haben die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung scheint sich auf das ganze Land ausbreiten zu wollen.

Bis 10. November alle Gefangenen aus England zurück?

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die englische Regierung beabsichtigt, den Heimtransport der deutschen Gefangenen in einem beschleunigten Tempo zu Ende zu führen. Als Endtermin der Transporte ist der 10. Nov. in Aussicht genommen worden. Die Reichsregierung hat Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Heimtransport der in Kriegs- und zivilgefangenen deutschen Kriegsgefangenen jetzt unmittelbar bevorsteht. Der Dampfer „Christian Weber“ legt voraussichtlich am 23. Oktober aus Alexandria mit 2300 Mann ab.

Die „radikalen“ Angestellten.

Von Gustav Schneider, Sachsen,
Mitglied der Nationalversammlung.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar und noch bei verschiedenen anderen Anlässen hat der Herr Reichstanzler darüber Klage geführt, daß die Angestellten weit radikaler seien, als die Arbeiter. In dieser Einseitigkeit ist dieses Urteil aber nicht ganz zutreffend, wohl aber für den kleineren Teil der Angestellten, die dem Herrn Reichstanzler politisch nahesteher oder nahegeblieben haben. Diese Angestellten sind allerdings zum Teil ins allerradikalste Fahrwasser geraten, huldigen kommunistischen Anschauungen und sehen in der Vaterverfassung lediglich ein Mittel zur Herbeiführung der „Diktatur des Proletariats“. Wegen dieser Richtung wendet sich der Herr Reichstanzler, er läte aber gut, das auch anzusprechen, damit nicht irrtümliche Auffassungen über die Stellung der Angestellten entstehen. — Daß eine gewisse Radikalisierung der Angestellten eingetreten ist, kann natürlich nicht geleugnet werden. Es wäre auch geradezu erstaunlich, wenn in einer Zeit, in der das Denken des ganzen Volkes völlig umgewandelt ist, die Angestellten allein davon ausgeschlossen geblieben wären. Vergleicht man die gegenwärtige Haltung der Angestellten zu gewerkschaftlichen Fragen mit ihrer vor dem Kriege eingenommenen, so ist man gewiß erstaunt, welchen gewaltigen Schritt vorwärts die ganze Bewegung gegangen ist. Aber sie ist nicht über die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter hinausgegangen. Natürlich haben sich auch in der Angestelltenschaft Bruchteile kommunistischer und parteilicheren Gedankengängen zugänglich gezeigt. Aber der größere Teil dieser „Radikalen“ rekrutiert sich — wie bei den Arbeitern —, aus ehemals „Rechten“ und „Unorganisierten“. Daß diese Kreise den radikalen Gewerkschaften zuströmen, die ihnen die größten Versprechungen machen, ist aus diesem Grunde verständlich und aus dem anderen, daß sie glauben, dort den besten Nährboden für ihre ausweichenden Ideen zu haben.

Die große Masse der Angestellten aber ist ihren Grundanschauungen treu geblieben. In meiner Schrift: „Die Angestelltenbewegung im Lichte des Krieges und der Revolution“ (Verlag Organisation, Berlin SW, Preis 1,50 M.) habe ich das eingehend nachgewiesen. Alle Angestelltenverbände nichtsozialistischer Richtung haben nicht nur ihre alten Mitglieder zurückgenommen sondern eine erhebliche Masse neue angezogen. Ein Beweis, daß dem nichteren wirtschaftlichen Denken der Angestellten sozialistische Utopien nicht liegen. Sie stehen fest auf dem Boden der Wirklichkeit und sehen in der demokratischen Gestaltung unseres Wirtschaftslebens die Garantien der von ihnen geforderten wirtschaftlichen Verantwortlichkeit. Sie tun gut daran, wie die bisherigen Beratungen über das Betriebsrätegesetz im Ausschuss beweisen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ist den Angestellten eine bessere Vertretung im Betriebsrat gesichert worden, als sie die Regierungsvorlage vorschlug. Auch die Erhaltung der Angestellten-ausschüsse ist eine Auswirkung demokratischer Geistes, der jeder Gruppe ihr Selbstbestimmungsrecht lassen will. Bei der ganzen Gestaltung des Gesetzes handelt es sich um ein Ringen demokratischer mit sozialistischen Anschauungen. Darans ergibt sich für die Angestellten die Notwendigkeit, mehr als bisher die großen politischen Fragen zu beachten, denn alle Standesarbeit muß standesweit bleiben, wenn sie nicht getragen wird von einer festen, wirtschaftlichen und politischen Grundanschauung. Die Zeit trägt Velleitenden in der politischen Arbeit ist vorbei. Wer von den neu errungenen politischen Freiheiten keinen Gebrauch macht, ist nicht fähig, wirtschaftliche Freiheit zu erringen. In der Verantwortlichkeit ihrer Arbeit im politischen Leben können die Angestellten jederzeit noch etwas „radikaler“ werden, sie sind darin zurückhaltender, als es unsere Zeit erlaubt. Es ist unbedingt notwendig, daß der gewerkschaftlich organisierte auch politisch organisiert ist. Weder ist unerlässlich, weil nur aus der Wechselwirkung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeit wirtschaftliche Befreiung kommen kann. Der freie demokratische Volkstaat ist verfassungsmäßig geschaffen, ihn mit echtem freiheitlichem Geiste zu erfüllen, sind auch die Angestellten berufen.

